

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telefax: 8 88 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 84

## Inhalt

Dr. Dietrich Sperling  
MdB zum Staatsstreich  
der bedrohten zentralen  
Apparate: Neue alte  
Machthaber.

Seite 1

Gert Weisskirchen MdB  
zum Umgang mit der  
Gorbatschow-Ent-  
machtung: Keine Aner-  
kennung durch die  
Staatengemeinschaft!

Seite 3

Werner Weinmann MdL  
zum Erfordernis einer  
ressortübergreifenden  
gesundheitspolitischen  
Initiative: Pflagenot-  
stand am runden Tisch  
ansprechen.

Seite 4

Karl Radermacher  
MdL zu einer Kinder-  
garten-Initiative der  
SPD im Landtag des  
Freistaates: Bayern  
Schlußlicht bei der Kin-  
derbetreuung.

Seite 5

46. Jahrgang / 158

20. August 1991

### Neue alte Machthaber

**Zum Staatsstreich der bedrohten zentralen Apparate**

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Die Putschgefahr war oft genug beschworen worden - und vor Diktatur mit spektakulärem Rücktritt gewarnt. Aber dann ging es mit Gorbatschow doch in Richtung schneller Reform und "Außenmachtssetzung" der Moskauer Zentrale weiter: der neue Unionsvertrag, Jelzins Anti-KPdsSU-Erlass. Und keiner schien die Putsch-Warner bestätigen zu wollen.

Unionsvertrag und Anti-KP-Erlass aber stellten die Lebensgrundlagen einschließlich (oder vor allem?) der Privilegien der Moskauer zentralen Apparate in Frage. Militär, KGB, Ministerien der Union, Parteiapparat. Sicher, sie alle waren gespalten in sich - und sind es noch, aber die Zahl derjenigen, die sich durch den im neuen Vertrag besiegelten "Zerfall" der Sowjetunion als Einheitsstaat bedroht sahen, mußte wachsen. Und der Vertrag sah nur sehr unsichere Finanzquellen für die bisherigen zentralen Apparate, einschließlich des Militärs, vor. Ihnen drohte privatisierte Arbeitslosigkeit, auch den Milizen des Innenministeriums und den Sondertruppen des KGB.

Wo auf der Erde und wann in der Geschichte aber hätten sich die Träger der bewaffneten Macht je widerstandslos in die Funktions- und Arbeitslosigkeit drängen lassen? Der Widerstand war ja auch häufig genug vorausgesagt worden. Dennoch enthielt weder Jelzins Politik noch die nach einigen Umwegen im Unionsvertrag von Gorbatschow unterstützte Linie keine Zukunftsperspektive für die zentralen Apparate mehr. Reformpolitik schien zu heißen, die privilegierten Repräsentanten früherer Macht aller Voraussetzungen für privilegiertes Weiterleben zu berauben. Damit war der Staatsstreich programmiert - und dennoch hat er wohl alle überrascht. Das eigentlich Selbstverständliche hat niemand so und zu diesem Zeitpunkt erwartet. Und vorbereitende Abwehrstrategien sind auch von niemandem entwickelt worden. Sehend und doch blind gegenüber den mit der eigenen Politik geschaffenen Gefahren für gerade diese Politik wurde die Vertragsunterschriftung vorbereitet. Gleichzeitig wurde begonnen, den Jelzin-Erlass zu exekutieren. Das mußte die bisher zögernden Staatsstreicherwäger zum Handeln bringen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vermögensbindung  
mit normaler Staatsgarantie  
Bayerische Post



Welche Chancen haben sie? Welche Möglichkeiten bestehen für einen Sieg der Demokratisierer?

Alle Organisationen der alten Sowjetunion sind in sich chaotisch zersplittert, Armee und KGB, Regierungsbehörden und Partei. Das macht ein Abschätzen der Kräfteverteilung unmöglich. Allerdings scheitern die Putschisten über die organisierte Kraft zu verfügen, mit der sie das Kommunikationssystem und die Massenmedien kontrollieren können. Ob Jelzin über die Sender kommt, ob Zeitungen erscheinen, das entscheiden vermutlich schon Gorbatschows Gegner.

Jelzin hingegen ist der vom Volk umschwärmte und durch freie Wahlen ausgewiesene und legitimierte Demokrat, allerdings ohne eigene Organisationen, die ins Volk hineinreichen. Massenparteien haben die demokratischen Kräfte nicht, auch keine Massenorganisation wie Gewerkschaften oder Bürgerbewegungen, Sportverbände usw. Den Staatsstreichorganisationen steht also eine Art Ein-Mann-Populismus gegenüber, allerdings einer, der in den Staatsstreichorganisationen gesplittene Loyalitäten herbeigeführt hat. Gorbatschow ist ein vom Volk verachteter, ja sogar gehäßter Zauderer, es sei denn, daß er vielen schon völlig gleichgültig geworden ist, weil die Russen mit ihm nur Enttäuschungen verbinden.

Es macht halt einen Unterschied, ob man unter Gorbatschows Innen- und Wirtschafts- und Finanzpolitik als Russe leiden mußte, oder ob man als Deutscher von seiner Außenpolitik profitierte.

Daß Jelzin heute für Gorbatschow kämpft, das war vor einem halben Jahr auch nicht vorstellbar, da unterstützte er noch Streikbewegungen der Bergarbeiter, die Gorbatschows Rücktritt forderten. All dies zeigt den Wirrwarr auf, in dem sich die inneren Machtverhältnisse der heutigen Sowjetunion befinden. Und deshalb ist nicht vorhersehbar, ob es einen Generalstreik zugunsten des abgesetzten Präsidenten überhaupt geben wird.

Anders als im Deutschland zur Kapp-Putsch-Zeit (1920), gibt es in der Sowjetunion keine Gewerkschaften, keine demokratischen Massenparteien - und ebenfalls anders: mit Kapp putschte damals ein Außenseiter von Ostpreußen aus, in der Sowjetunion aber putscht die Mitte eines zwar reichlich zerrissenen aber immer noch erkennbar in vielen Teilen funktionierenden Netzes, eine Mitte, die Organisationserfahrung und 'Apparate' hat und kontrolliert, also etwas, was Jelzin weithin fehlt. Es fällt schwer zu glauben, daß spontane Demokratie gegen privilegierte Apparate von Großorganisationen sich durchsetzen kann - aber schon vieles an den Vorgängen der letzten fünf Jahre in der Sowjetunion schien den Wundern näher als der Wirklichkeit.

Dennoch: Im Westen wäre es fatal auf Wunder zu setzen und sogar Wunderättern falsche Hoffnungen zu machen. Die Sowjetunion steht am Rande einer Gewaltspirale, die durch unbedachtes Handeln einzelner und anschließende Solidarisierung in Gang gesetzt werden kann. Das Baltikum gleicht einem Pulverfaß mit offenem Deckel, über das spielende Kinder brennende Streichhölzchen werfen, ahnungslos, daß die Explosion nicht nur sie verletzen könnte. Was da droht, ist ein politisches Tschernobyl, dessen fall-out die ganze Welt in Mitleidenschaft ziehen könnte. Die Mahnung zu friedlichem Umgang, Rückkehr zu rechtsstaatlichen Prozessen und Wahrung der Menschenrechte und Legitimierung durch demokratische Verfahren ist alles, was man im Westen tun kann. Drohungen und Sanktionen schneiden ins eigene Fleisch; die Einhaltung bisher geschlossener Verträge ist Ziel allen Handelns, also kann man nicht mit ihrem Bruch als Sanktion drohen. Hinweise auf das Stoppen weiterer Schritte zur Hereinnahme der Sowjetunion in die weltweite wirtschaftliche Zusammenarbeit sind angesichts der verzweifelten aktuellen Lage der Sowjetunion nicht sonderlich wirksam als Drohpotential.

Ob die 'alten Machthaber' nun als neue bleiben werden, kann keiner genau wissen. Aber daß auch sie ein Mindestmaß an Reformen beibehalten müßten, läßt sich mit einiger Sicherheit sagen: sie würden sonst in einem Land mit entsetzlicher grauer Apathie und Hoffnungslosigkeit ihrer Völker regieren müssen - und das ist auch für moderne "Waffenträger" keine Chance für

technische Qualität ihrer Machtinstrumente und internationale Anerkennung. Und alle, die da putschten stimmten nach 1985 der Einsicht zu, daß das alte sowjetische Regime an seine Systemgrenzen gestoßen war, wirtschaftlich und technisch in den früheren Formen zu keiner kraftsteigernden Modernisierung im Wettlauf mit dem Westen mehr fähig. Sie alle waren von der Notwendigkeit einer Perestroika überzeugt. Aber wie das Volk zweifelten sie immer mehr an dem Erfolg von Gorbatschows Perestroika, wenn auch aus ganz anderen Gründen als das Volk: denn sie hatten Privilegien zu verlieren. Das ließ sie den Wandlungsprozeß ganz anders wahrnehmen, als es diejenigen tun, die sich nun um Jelzin scharen. Doch zurück zu Breschnew oder gar zu Stalin will von den Putschisten sicher auch kaum einer. Nur kommt es nicht immer auf den Willen an: Wenn eine Lawine entfesselt wird, nimmt sie eigene Wege.

(-/20. August 1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Keine Anerkennung durch die Staatengemeinschaft!** **Zum Umgang mit der Gorbatschow-Entmachtung**

Von Gert Weisskirchen MdB

Heute hätte der neu ausgehandelte Unionsvertrag in Moskau unterzeichnet werden sollen. Einen Tag zuvor hat ein selbsternanntes "Staatskomitee für den Ausnahmezustand in der UdSSR" gegen Michail Gorbatschow geputscht. Das Vorgehen dieses Komitees, das die Verhaftung Gorbatschows mit einer Lüge begründet, ist der letzte Versuch der alten Nomenklatur, sich an der Macht zu halten. Die Präsidenten der integrationswilligen Republiken der Sowjetunion haben gemeinsam mit Gorbatschow einen Kompromiß gefunden, der die verfassungsrechtlichen Beziehungen zwischen Zentrum und ihnen auf eine Basis gestellt hätte. Obwohl auch die Bewegungen für Freiheit und Demokratie diesen Kompromiß zum Teil kritisch analysierten: seine Ratifizierung hätte eine weitere Bastion der alten Nomenklatur zum Einsturz gebracht.

Die Diktatur der Putschisten soll nun den schwierigen Weg zur Demokratie ersetzen. Aber auch dieser Versuch wird scheitern. Gewalt dämmt nicht die Explosion der Konflikte ein, in denen sich die Sowjetunion befindet. Der selbstmörderische verfassungswidrige Kurs des bisherigen Vizepräsidenten Janajew kann zur inneren Libanonisierung der Sowjetunion führen nicht aber zur konstruktiven Lösung ihrer Konflikte.

Er beruft sich auf den im März 1990 eingeführten Artikel 127 der Verfassung der Sowjetunion, der im Dezember des gleichen Jahres ergänzt wurde. Danach können die Befugnisse des Präsidenten auf seinen Vizepräsidenten übergehen, wenn der erstere seine Pflichten aus irgendeinem Grund nicht mehr erfüllen kann, jedoch nur bis zur Wahl eines neuen Präsidenten, die innerhalb der nächsten drei Monate stattfinden muß. Im Ersatzfalle gehen die Befugnisse des Präsidenten vom Vizepräsidenten auf den Vorsitzenden des Obersten Sowjet der UdSSR über. Der Tenor dieses Artikels ist klar: nicht die Absetzung des Präsidenten ist sein Gegenstand, sondern die Regelung im Falle seiner persönlichen (gesundheitlichen) Unfähigkeit, die Amtsgeschäfte wahrzunehmen.

Auf dem Präsidenten Rußlands ruhen jetzt Hoffnungen. Als erster demokratisch gewählter Republikchef hat er mit großem persönlichen Mut zum Generalstreik gegen den Staatsstreich aufgerufen. Das "Demokratische Rußland" unterstützt Jelzin ohne irgendeinen Vorbehalt. Die Sozialdemokratie Rußlands, sein unterstützender Pfeiler, hat sich offen an die Seite des Widerstands gegen den Putschversuch gestellt. Offenbar wird er in Moskau bereits weitgehend befolgt. Teile der Roten Armee lassen sich in Diskussionen auf den Strassen der Hauptstadt

verwickeln und lassen ihre Irritation erkennen.

Der 20. August 1991 wird zu einem Tag der Entscheidung. Mit ungeheurem Mut haben sich Boris Jelzin und die Bewegungen für Freiheit und Demokratie gegen den Staatsstreich erklärt. Dreißig Jahre nach den Panzern in Prag, sollen die Panzer in Moskau die Hoffnung auf Demokratie zerstören. Es wird ihnen nicht gelingen.

Und der Westen? Unsere Antwort muß klar und unmißverständlich sein. Janajew muß deutlich gemacht werden: der gewaltsame Bruch der verbindlich eingegangenen Verpflichtungen nach der KSZE-Schlußakte sowie die Störung der erfreulichen Ergebnisse des KSZE-Prozesses wird nicht hingenommen.

Gorbatschow muß wieder in sein Amt eingesetzt werden. Die Freiheit der Presse muß wiederhergestellt, alle Suspendierungen von Verfassungsrechten müssen zurückgenommen werden.

Und: müssen nicht alle bislang nicht völkerrechtsverbindlich eingegangenen ökonomischen und finanziellen Projekte sofort angehalten werden?

Das selbsternannte "Staatskomitee" darf nicht den Eindruck haben, es würde von der Staatengemeinschaft anerkannt werden. Die SPD kann nicht anders: sie muß die Rückkehr zu verfassungsgemäßem politischen Handeln einfordern.

(-/20. August 1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### Pflegenotstand am runden Tisch ansprechen

Zum Erfordernis einer ressortübergreifenden gesundheitspolitischen Initiative

Von Werner Weinmann MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Die Situation in allen Pflegebereichen ist besorgniserregender denn je. Diese Situation duldet keinen Aufschub. Damit die überfälligen Verbesserungen auch tatsächlich verwirklicht werden, müssen so schnell wie möglich nachhaltige und langfristige Maßnahmen ergriffen werden.

Voraussetzung hierfür ist es, abgegrenztes und egoistisches Ressortdenken zu beseitigen und ohne weitere Verzögerungen ein gemeinsames Konzept für alle Pflegebereiche zu erarbeiten. Dabei dürften die einzelnen Pflegebereiche nicht mehr, wie es derzeit noch geschieht, gegeneinander ausgespielt werden.

Ich schlage vor, daß sich die Vertreter aus allen Bereichen also aus

- den Krankenhäusern
- den Alten- und Pflegeheimen
- den Universitätskliniken
- dem ambulanten Bereich mit den Sozialstationen
- der Psychiatrie
- dem Behindertenbereich

mit den Trägern, den Kommunen, den Krankenkassen und allen betroffenen Institutionen und Organisationen an einen Tisch setzen. Dabei soll gemeinsam ein Konzept erarbeitet werden, wie man dem Pflegenotstand über den eigenen Zuständigkeitsbereich hinaus wirksam entgegenwirken kann. Außerdem sollen Strategien entwickelt werden zur Koordinierung und Strukturierung der zu treffenden Maßnahmen.

Nachdem die Stuttgarter Landesregierung und die CDU offensichtlich immer noch nicht die Brisanz im gesamten Pflegebereich erkannt haben, wird die SPD-Landtagsfraktion nach der Sommerpause alle vom Pflegenotstand Betroffenen einladen, um die Situation zu erörtern und um zu wirksamen Ergebnissen für eine dringend notwendige gemeinsame Offensive in der Pflege zu kommen.

Jahrelang hatten die baden-württembergische Landesregierung und CDU die Augen vor dem drohenden Pflegenotstand verschlossen und öffentlich verkündet, der Pflegenotstand werde "herbeigeredet". Heute nun steht der drohende Kollaps in vielen Pflegebereichen unmittelbar bevor, von den Krankenhäusern, den Alten- und Pflegeheimen, der Psychiatrie, den Kliniken bis hin zum Behindertenbereich. Täglich gibt es neue Hiobsbotschaften, die auf den Pflegenotstand zurückzuführen sind, so etwa die Schließung von Abteilungen in Krankenhäusern und in psychiatrischen Landeskrankenhäusern (zum Beispiel in Emmendingen) oder die Undurchführbarkeit von dringend notwendigen lebensrettenden Operationen (zum Beispiel die Nierentransplantation bei einem Jungen in Heidelberg).

Täglich geben Pfleger und Pflegerinnen ihren Beruf auf, weil sie den physischen und psychischen Belastungen nicht mehr gewachsen sind. Diejenigen, die ihre pflegerische Arbeit weiterhin leisten, werden mit längeren Schichten überhäuft, was gleichzeitig mit jahrelangem Verzicht auf Urlaub einhergeht. Kurzfristige Aktionen oder Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in den einzelnen Pflegebereichen, auf die sich derzeit die Landesregierung beschränkt, reichen nicht aus. Sinnlos etwa ist die Werbungsaktion für die Pflegeberufe, wenn nicht gleichzeitig wirkungsvolle Maßnahmen zur Verbesserung der Situation ergriffen werden. Als geradezu abstossend wirkt im übrigen das Abwerben von Pflegekräften in den neuen Bundesländern, mit der Folge, daß dort das Pflegechaos droht. Es ist endlich an der Zeit, daß die Landesregierung solchen abscheulichen Abwerbemethoden, bei denen teilweise Geldprämien angeboten werden, entschieden entgegentritt.

(-/20. August 1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Bayern Schlußlicht bei der Kinderbetreuung**  
Zu einer Kindergarten-Initiative der SPD im Landtag des Freistaates

Von Karin Radermacher MdL  
Bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Der CSU-regierte Freistaat ist bei der Kinderbetreuung bundesweit nach wie vor das Schlußlicht. Nach den Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Wohlfahrtsverbände müßten bis zum Jahr 1996 60.000 zusätzliche Kindergartenplätze geschaffen werden, nur um den jetzigen schlechten Versorgungsgrad zu halten. Noch katastrophaler ist der Notstand bei den Krippen und Horten, liegt doch hier die Versorgungsquote lediglich bei unter ein Prozent beziehungsweise bei zwei Prozent. Und dies obwohl Ministerpräsident Streibl in seiner Regierungserklärung jedem bayerischen Kind, dessen Eltern es wünschen, vollmundig einen Kindergartenplatz versprochen hatte.

Auch die neue "Geheimwaffe" der CSU-Landtagsfraktion, ihre Kindergartensprecherin Monika Hohlmeier, ist stumpf geworden: Ihren großspurigen Ankündigungen zu Beginn der Legislaturperiode ließ sie keine Taten folgen. Die CSU - allen voran der für den Kindergartenbereich zuständige Kultusminister Zehetmair - versucht mit nur verbalen Klimmzügen davon abzulenken,

daß jahrelang nichts getan worden ist. So sind die Zahlen von Kultusminister Zehetmaier geschönt, wonach 82 Prozent aller Kinder im Freistaat einen Kindergarten besuchen könnten. In seiner "Rechnung" gehen nämlich Vor- und Nachmittagsplätze mit ein. Geht man allerdings korrekterweise von den Ganztagsplätzen aus, dann ist die Versorgungsquote an Kindergartenplätzen im Freistaat nicht einmal 60 Prozent.

Da das Angebot an Kindergarten-, Krippen- und Hortplätzen in Bayern so dürftig wie in kaum einem anderen Land Mitteleuropas ist, muß so schnell wie möglich gehandelt werden, muß vor allem die CSU über ihren Schatten springen. Angesichts des jetzt vorgelegten Positionspapiers der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Bayern zur Kinderbetreuung im Freistaat muß die CSU ihre ablehnende Haltung im kulturpolitischen Ausschuß gegenüber einem von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzentwurf korrigieren.

Wie der Kindergartenmangel im Freistaat zu Leibe gerückt werden kann, hat die SPD-Landtagsfraktion in diesem Antragsbündel formuliert. Wie die Spitzenverbände der bayerischen Wohlfahrtsverbände fordert die SPD-Fraktion ein Gesamtkonzept und die Errichtung von sogenannten Tageseinrichtungen, in denen von der Kinderkrippe für Kleinkinder über den Kindergarten bis zum Hort alles unter einem Dach vereint werden kann. Auch muß das Angebot flexibler gestaltet werden, denn schließlich nimmt die Zahl berufstätiger und alleinerziehender Frauen ständig zu. Es müssen zudem starr gesetzliche Regelungen "aufgeweicht" werden und auch altersgemischte Gruppen im gesamten Kindertagesstättenbereich möglich sein. Denn in vielen bayerischen Dörfern haben berufstätige Mütter oft große Schwierigkeiten bei der Unterbringung von Kindern unter drei Jahren, da zur Einrichtung einer Kinderkrippe die Nachfrage nicht ausreicht. So sollten die Eltern verstärkt in die Konzeption einbezogen werden und Elterninitiativen auch Zuschüsse erhalten.

Es ist zu hoffen, daß die CSU diesen SPD-Eckpunkten zur außerschulischen Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Tagesstätten noch im Plenum des Landtags zunimmt. Der CSU muß es doch zu denken geben, daß jetzt auch die Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Wohlfahrtsverbände ähnliches fordert wie die SPD-Fraktion. Oder will vielleicht die CSU noch einmal solch ein Waterloo erleben wie beim kommunalen Finanzausgleich, als sich alle kommunalen Spitzenverbände gegen das Votum von CSU und Staatsregierung ausgesprochen hatten? Die CSU sollte sich doch einmal den Kopf darüber zerbrechen, warum sogar kirchliche Organisationen wie der Bayerische Landesverband Katholischer Kindertagesstätten "konzeptionelle Veränderungen für alle Altersstufen" und die Notwendigkeit von Krippenerziehung einfordern.

(-/20. August 1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*